

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2662

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2662



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Digitale Delegiertenversammlung SP – Samstag 27. Juni 2020

Rede Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga

Es gilt das gesprochene Wort

Corona hat uns alle stark gefordert. Corona hat aber auch wieder einmal gezeigt, dass Verantwortung und Entlohnung oft wenig miteinander zu tun haben. Mein besonderer Dank geht deshalb an all die Menschen, die die Schweiz in dieser schwierigen Zeit am Laufen gehalten haben. Pflegerinnen und Pfleger, das Verkaufspersonal, die Bähnler, die Angestellten der Post oder das Kita-Personal. Sie alle leisten unglaublich viel, verdienen aber wenig. Deshalb setzen wir uns für sie ein, für bessere Arbeitsbedingungen und faire Löhne.

Die politischen Diskussionen in der Corona-Krise waren nicht einfach. Die einen wollten die Wirtschaft komplett herunterfahren, kombiniert mit Ausgangssperren und Hausarrest. Die anderen hätten am liebsten einfach nichts gemacht und die Bevölkerung sich selber überlassen.

Für mich sind das beides keine Optionen gewesen. Mit der Ausgangssperre hätten wir Arbeitsplätze vernichtet. Mit Nichtstun hätten wir die Gesundheit der Bevölkerung fahrlässig aufs Spiel gesetzt.

Ich habe mich darum von Anfang für beides eingesetzt: Dass wir für die Menschen da sind. Und dass wir Arbeitsplätze in der Schweiz erhalten.

Die Schweiz besser aufstellen

Unsere Firmen, aber auch die betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, haben in den letzten Wochen viel Unterstützung erhalten. Das war richtig. Wir müssen jetzt aber auch darüber nachdenken, welche Schweiz wir langfristig wollen, in 10 Jahren oder im Jahr 2050.

Für mich ist klar: *Nach* der Krise muss nicht alles genauso weitergehen, wie es vorher war. Ich will die Schweiz besser aufstellen.

Dazu gehört, dass wir nach Corona genau hinschauen, wie unsere Wirtschaft aussieht.

Für mich sind drei Dinge zentral. Unsere Wirtschaft soll robust sein, gesund und beweglich.

Für eine robuste, gesunde und bewegliche Wirtschaft

Robuste Wirtschaft heisst für mich: Wir brauchen einen starken Service public, Infrastrukturen in Schweizer Hand und eine sichere Versorgung. Dann sind wir weniger verletzlich.

Wenn die Krise etwas gezeigt hat, dann dies: wie wichtig der Service public für unser Land ist. Die Post hat den Zahlungsverkehr sichergestellt, und sie hat all

Digitale Delegiertenversammlung SP – Samstag 27. Juni 2020
Rede Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga

die Pakete heimgeliefert. Und unsere Bahnen haben weiterhin Tonnen von Gütern transportiert. Ich setze mich deshalb auch in Zukunft für eine starke Grundversorgung ein.

Eine gesunde Wirtschaft kommt weg vom Öl und den Abfallbergen, verschwendet weniger und recycelt mehr. So schonen wir Natur und Klima. Heute schicken wir jedes Jahr Milliarden für Öl ins Ausland. Ich finde, wir sollten besser bei uns in der Schweiz in sauberen Strom investieren. Daran arbeite ich mit der Revision des Energiegesetzes.

Ich komme zum dritten Punkt: Eine bewegliche Wirtschaft passt sich an. Das neue CO₂-Gesetz ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung. Mit diesem fördern wir Betriebe, die uns in der Umweltpolitik weiterbringen und gut sind für den Klimaschutz. So schaffen wir Arbeitsplätze mit Zukunft.

Robust, gesund und beweglich. So stelle ich mir die Schweiz und ihre Wirtschaft vor. Diese Zukunft muss jetzt anfangen. Dafür brauchen wir eine Politik, die handfeste Ergebnisse liefert: mehr sauberen Strom, bessere Zugverbindungen, einen starken Service public. Wir müssen die Voraussetzungen und die Infrastruktur schaffen, damit jede und jeder von uns klimaverträglich leben kann, und zwar unabhängig davon, wieviel Geld jemand hat. Dafür braucht es den Einsatz von uns allen. Zusammen können wir die Schweiz besser aufstellen.



Discours du conseiller fédéral Alain Berset

Virtuelle Delegiertenversammlung

27. Juni 2020

Embargo:

**Seules les paroles
prononcées font foi**

Liebe Genossinnen und Genossen

Viele von Euch sind nach drei Monaten «Home office» schon längst Facetime-müde, Zoom-erschöpft, Skype-erledigt oder gar Jitsi-k.o.

Ja, die Zeiten, als Darbietungen via Bildschirm noch einen gewissen Charme verströmten, sind vorbei. Und es gibt immer mehr kritische Fragen: Wieviel Streaming vor heimischen Bücherwänden erträgt ein Mensch? Wie viele fremde Sofas wollen wir sehen? Und ab wann wird es uns zu bunt?

In der Corona-Krise haben wir etwas Seltsames erlebt: Physische Distanz führt zu sozialer Nähe. Wir waren füreinander da und haben doch möglichst Abstand gehalten – um die Schwächeren zu schützen.

Wir haben das Virus momentan unter Kontrolle. Das ist keine Selbstverständlichkeit und das verdanken wir einem gemeinsamen Effort.

Man wollte uns einzureden, dass es den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht mehr braucht. Dass Individualismus und Markt genügen.

Jetzt wissen wir: Unser Gemeinsinn lebt, unsere Solidarität mit den anderen ist stark, unsere Gesellschaft ist nicht atomisiert.

Wir haben festgestellt: Wenn es der Ernst der Lage erfordert. Wird unsere Gesellschaft zur Gemeinschaft.

Und wir haben bewiesen, dass eine föderale Demokratie eine Krise gut meistern kann.

Unser Gesundheitssystem war nie überlastet wie in anderen Ländern, denn wir haben es nie heruntergespart.

Das Parlament ist längst wieder an der Arbeit, es wird wieder debattiert wie früher, ebenso scharf und ebenso kontrovers.

Aber nicht alles ist einfach wieder gut. Es droht eine schwere Rezession. Die Lage ist ernst: Für all jene, die ihre Arbeit verloren haben oder zu verlieren drohen. Und für all jene, die in prekären Umständen leben, obwohl sie vollen Einsatz leisten. Und das sind vor allem Frauen.

L'heure est venue de montrer plus de solidarité avec les femmes qui travaillent à temps partiel, qui peinent à joindre les deux bouts et qui – en plus – assurent l'essentiel des tâches domestiques. Malgré leur énorme engagement, ces femmes risquent de basculer dans la pauvreté à la retraite, à cause de rentes trop faibles.

La situation des femmes qui travaillent dans les secteurs à bas revenus, comme par exemple la santé et les soins, le commerce de détail ou le secteur du nettoyage, ne peut pas durer.

Les conditions de travail précaires et les bas salaires ne sont pas dignes d'une société prospère et solidaire comme la Suisse. Nous devons nous engager pour que la crise du coronavirus amène notre pays à enfin en prendre conscience.

L'histoire nous l'a montré : en période de crise, les inégalités augmentent.

Mais cela n'a rien d'inévitable, ni de fatidique.

Ces inégalités, nous *pouvons* et nous *devons* les prévenir.

La prospérité doit être partagée et non réservée à quelques-uns.

Pour cette raison, le Conseil fédéral a décidé d'introduire une nouvelle assurance sociale pour les chômeurs en fin de droit de plus de 60 ans.

Celles et ceux qui ont travaillé toute leur vie doivent pouvoir arriver à la retraite dans la dignité.

Mais attention le dossier n'est pas bouclé.

Oui, la réforme a été adoptée par le Parlement avec une majorité claire, mais elle risque d'être combattue par référendum. Il faudra être très vigilants.

Une autre réforme pour plus de justice sociale et d'intégration est la réforme de l'assurance invalidité. Elle a également été acceptée la semaine dernière par le parlement.

Enfin, je tiens encore à évoquer le congé paternité. C'est un pas important vers une société plus équilibrée. Il contribue à une meilleure répartition du travail entre les femmes et les hommes, au travail comme à la maison.

L'incertitude et l'injustice sociale ne seront jamais des moteurs économiques, ni des facteurs de bien-être et de progrès. Bien au contraire. Seule une société égalitaire, qui garantit une vie à l'abri du besoin, et qui exploite pleinement le potentiel des femmes, est réellement capable de prospérer.

Je vous souhaite une bonne Assemblée des délégués et un bon été.



Solidarität!

Referat von Christian Levrat, Präsident SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Vor sechs Monaten hätte ich niemals gedacht, dass meine letzte Delegiertenversammlung als Präsident eine Digitale DV sein würde. Und jetzt ist es doch genauso gekommen. Aber sehen wir es positiv: Für mich ist diese Digitale DV Ausdruck davon, dass wir als SP für funktionierende demokratische Institutionen eintreten – auch in Zeiten der Krise.

Diese DV ist vor allem eine Gelegenheit, um Danke zu sagen. Der Bundesrat hat einen aussergewöhnlichen Job gemacht. Speziell unsere beiden Bundesrats-Mitglieder, Simonetta und Alain, die in den vergangenen Monaten wirklich brilliert haben.

Die Schweiz war in einer schwierigen Lage, zwischen Norditalien, dem Elsass und Ischgl, drei der schlimmsten Infektionsherde in Europa. Heute gilt unser Land als Vorbild in der Bewältigung der Krise. Danke für eure Anstrengungen und euren Einsatz in dieser aussergewöhnlichen Zeit.

Danke auch an unsere Regierungsrätinnen und Regierungsräte. In allen Landesteilen waren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Verantwortung – sei es im Gesundheitswesen, in der Bildung, im Sozialbereich oder in der Sicherheitspolitik. Auch wenn die Kantone manchmal Mühe hatten, sich zu koordinieren, so haben sie vor Ort doch eine entscheidende Rolle gespielt. Sie haben dafür gesorgt, dass die Präventionsmassnahmen rechtzeitig umgesetzt wurden, dass das Gesundheitssystem gestärkt wurde und dass der Schulunterricht besser als befürchtet weitergehen konnte.

Danke schliesslich euch allen! Der Bundesrat hat sich dafür entschieden, mit der Bevölkerung zusammen zu handeln, nicht gegen sie. Er hat sich dafür entschieden, zu überzeugen statt zu verbieten. Und er hatte Recht, denn diese Krise hat gezeigt, zu welcher unglaublichen Solidarität die Bevölkerung in der Lage ist. Und ihr seid quasi die „Avant-Garde“, wie man auf Französisch sagt, dieser solidarischen Bevölkerung.

Es wurde schon oft gesagt und trotzdem muss man es immer wiederholen: Es waren die Frauen, die unsere Gesellschaft getragen haben – buchstäblich mit letzter Kraft. In den Spitälern, an den Supermarktkassen, in den Altersheimen, zuhause beim Fernunterricht – überall haben Frauen eine phänomenale Arbeit geleistet. Es reicht nicht, ihnen zum Dank vom Balkon zu applaudieren. Die Löhne in diesen weitgehend von Frauen besetzten Berufen müssen steigen. Das muss unsere Aufgabe sein, in den Kantonen, in den Gemeinden, auf Bundesebene, mit den Gewerkschaften.

Für mich ist der Service Public Sinnbild dieser institutionellen Solidarität. Und einmal mehr war es der Staat – und zwar nur der Staat –, der die nötigen Ressourcen im Gesundheitsbereich, in der Wirtschaft oder um Sicherheitswesen aufbringen konnte, um diese Krise zu bewältigen. Diese Krise widerlegt all jene, die den Staat geringschätzen, die keine Gelegenheit auslassen, die staatlichen Institutionen zu schwächen, die Privatisierung

und Liberalisierung als Allheilmittel sehen. Daran müssen wir uns erinnern und unseren Einsatz für den Service Public noch mehr verstärken, gerade im Gesundheitswesen.

Dank dieser Solidarität haben wir die Krise aus medizinischer Sicht durchgestanden, zumindest bis jetzt. Es wurden auch wirksame Massnahmen getroffen, um die Löhne zu sichern oder um den Unternehmen die nötige Liquidität zu garantieren, in Form von zinslosen Darlehen. Aber die Solidarität der Rechten scheint rapide abzunehmen, sobald es nicht mehr darum geht, den Grossunternehmen zu helfen, sondern den Selbständigen, den Mieterinnen und Mietern, den Kleinunternehmen oder den Arbeitslosen.

Wie sonst ist die Weigerung der Rechten zu erklären, die Kurzarbeit für jene KMUs zu verlängern, die während Monaten nicht arbeiten durften? Zum Beispiel im Kultur- und Veranstaltungsbereich.

Was denken wohl die über Zehntausend Arbeitslosen, die am 31. August ausgesteuert werden, weil die Rechten sich geweigert haben, die Frist zu verlängern? Selbst die Rechten werden nicht behaupten, man könne in Zeiten des Lockdowns eine neue Stelle finden.

Und warum brauchte es zähe Verhandlungen im Parlament – gegen den Widerstand der Rechten –, um die Geschäftsmieten zu senken und die Kitas zu unterstützen?

Offensichtlich ist für FDP und SVP Solidarität ein dehnbarer Begriff: Für die Aktionäre, für die Luftfahrtindustrie, für die Grosskonzerne – Ja! Für die Arbeitnehmenden, für die Arbeitslosen, für die Sans-Papiers, für die Selbständigen – Nein! Das ist ein Zeichen für Hartherzigkeit. Und vor allem ein Zeichen für krasse wirtschaftliche Ignoranz!

Die Exportindustrie leidet, der Tourismus ist in der Krise. Nur die inländische Nachfrage und die öffentlichen Investitionen können unsere Wirtschaft stützen. Darum ist es entscheidend, die Kaufkraft zu erhalten, das Lohnniveau zu verteidigen und sicherzustellen, dass niemand vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen wird.

Die Rechten besitzen nicht einmal den Anstand, öffentlich zu ihren Positionen zu stehen. Gerade diese Woche haben sie unseren Antrag abgelehnt, eine ausserordentliche Session abzuhalten, um genau diese Probleme zu regeln. Die Rechten hindern das Parlament daran, zusammenzukommen und zu entscheiden. Das ist für sie einfacher als öffentlich zuzugeben, dass sie nichts für die Arbeitslosen, die KMUs und die Selbständigen unternehmen wollen.

Aber die Rechten sollen sich keine Illusionen machen: Wir werden auch weiterhin für eine solidarische Schweiz kämpfen, für eine offene Schweiz, für eine Schweiz für alle statt für wenige. Und wir haben schon am 27. September eine unverhoffte Chance. Zuerst einmal können wir einen wichtigen sozialen Fortschritt erzielen, indem wir Ja sagen zum Vaterschaftsurlaub. Und dann können wir unseren politischen Gegnern gleich eine vierfache Abstimmungsniederlage bescheren:

- Setzen wir ein Zeichen für die Steuergerechtigkeit – mit einem Nein zu höheren Steuerabzügen für die reichsten Familien;
- Setzen wir ein Zeichen für den Lohnschutz und für die Bewegungsfreiheit in ganz Europa – mit einem Nein zur Kündigungsinitiative der SVP;

- Setzen wir ein Zeichen für eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik, die sich auf reale Bedrohungen wie Cyberkriminalität, Terrorismus, den Klimawandel oder globale Pandemien konzentriert – mit einem Nein zum Kauf von Luxus-Kampffjets für 24 Milliarden Franken;
- Setzen wir ein Zeichen für die Biodiversität und die Umwelt – mit einem Nein zum Jagdgesetz.

Diese Krise hat uns etwas gelehrt: Die Schweizer Bevölkerung weiss, was es heisst, solidarisch zu sein. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Solidarität über Notlagen wie die Corona-Krise hinausgeht. Wir müssen dafür sorgen, dass diese Solidarität auch zu sozialen und politischen Fortschritten führt. Das ist doch eine schöne Aufgabe für unsere Partei!